

Digitalisierung setzt beim Steuerrecht an



Digitale Wirtschaftsgüter müssen derzeit über fünf Jahre steuerlich abgeschrieben werden. Als viel zu lange bezeichnet FDP-Chef Christian Lindner die Regelung, [weshalb die Fraktion der Freien Demokraten einen Antrag zur Änderung der Frist auf drei Jahre in den Deutschen Bundestag eingebracht hat.](#) [1]"Das ist realistisch und stärkt Investitionen in diesem Bereich, besonders im Mittelstand", so Lindner. "Wir brauchen dringend eine Antwort auf die Frage, wie wir kleine und mittlere Unternehmen dazu befähigen, in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein", [erläuterte der FDP-Bundestagsabgeordnete Markus Herbrand, in seiner Jungfernsprache im Deutschen Bundestag.](#) [2]

[Konkret fordern die Freien Demokraten.](#) [1]dass neben der Verkürzung der Fristen, Sofortabschreibungen bis 2000 Euro eingeführt sowie der Bürokratieabbau und eine strukturelle Steuerreform vorangetrieben werden. "Wir müssen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, damit die Digitalisierungsmaßnahmen von kleinen und mittleren Betrieben bewältigt werden können", fordert Herbrand. Ein Teil davon sei eine Reform des Steuerrechts.

Es sei die Pflicht der Politik, passende Antworten auf die Fragen der Digitalisierung zu geben, so der Bundestagsabgeordnete. Ein Heimatministerium könne dies jedoch nicht. ["Stützen wir die kleinen und mittleren Unternehmen, in dem wir ihnen den Weg in die Digitalisierung erleichtern", so Herbrand.](#) [2]
(bh)

Links

[1] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/009/1900959.pdf> [2] <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7205692#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MjA1Njky&mod=mediathek>